

© Becker_LJV RLP

Wir Jäger im Kreis Ahrweiler übernehmen Verantwortung für unsere Natur.

Ökologischer Waldumbau
aus Sicht der Jagd und des Naturschutzes

Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V.
Kreisgruppe Ahrweiler


© www.werbebunker.de_pixelio.de

Der Klimawandel bedroht unsere Wälder. 670.000 Bäume mussten 2018 durch den Befall mit Borkenkäfern notgefällt werden. Bis Juni 2019 kamen weitere 611.000 Bäume hinzu. Tendenz: steigend. 250.000 Festmeter Holz hat Sturmtief „Eberhard" im März 2019 in RLP umgeworfen. 2018 fegte „Fredericke" 400.000 Festmeter nieder. Eichenprozessionsspinner, Borken- und Prachtkäfer, Misteln, Pilze, Schütten . . . betroffen sind nicht nur die Fichten. Die Temperaturanstiege fördern gleich mehrere Generationen von Schadkäfern in nur einem Jahr. Durch den Trockenstress während der Dürre können sich die Bäume nicht mehr wehren [1].

Es besteht nicht nur dringender Handlungsbedarf, sondern auch die Notwendigkeit, zwischen Förstern, Jägern und Waldbesitzern zu einem ideologie- und vorurteilsfreien Konsens zurückzukehren, der dem Erhalt des Ökosystems Wald dient (RESET). Insbesondere die Waldbesitzer sollten nun finanzielle Unterstützungen erhalten, denn ihr Besitz und dessen Bewirtschaftung produziert nämlich genau das, was derzeit aus allen Teilen unserer Gesellschaft gefordert wird: Klimaschutz.

Wer trägt nun die Schuld an diesem „Desaster"?

Es wäre nicht gerecht, alle vermeintlichen Fehler der Forstwirtschaft anzukreiden. Das, was gerade passiert, konnte bei aller notwendigen Sorgfalt nicht vorhergesehen werden. Für den Klimawandel tragen wir alle eine Teilschuld. Wenn wir folgend doch von „Fehlern" sprechen, dann nur, weil wir im Nachhinein immer alle schlauer sind. In Anbetracht der aktuellen Situation kann jedoch entgegen aller vorherigen Behauptungen festgestellt werden, dass nicht unser heimisches Schalenwild als General-Verursacher aller Schäden ausgemacht werden kann und darf. Zusätzlich erkennen wir, dass der bisherige Waldbau aus Sicht einer kurzfristigen Rentabilität für die Eigentümer interessant war, aber längerfristig mit Wertschöpfungsverlusten für die Waldbesitzer erkauft wurde.

Alle Waldeigentümer, ob staatlich, kommunal oder privat, haben nur zu gerne die Erträge aus der Bewirtschaftung ihrer Wälder vereinnahmt. Die Frage nach ökologischen Elementen im Waldbau spielte meist eine untergeordnete Rolle und somit war die Absicht der gewinnoptimierten Forstwirtschaft vorherrschend. Die Forstbediensteten handelten ganz im Interesse ihrer Auftraggeber. Bevor Anderen nun Schuldzuweisungen zugesprochen werden, müssen sich Waldbesitzer die Frage gefallen lassen, warum nicht früher die Grundlage für gesunde, vielfältige und leistungsstarke Wälder geschaffen wurde und warum die Wiederherstellung der vollen natürlichen Leistungskraft der Waldböden nicht in langfristige Planungen eingebunden wurde.

Lange Zeit galt nahezu das Credo „Wald vor Wild", denn vor allem die punktuell hohen Bestände des wiederkäuende Schalenwildes im Kreis Ahrweiler wurden als Verursacher von Verbiss-,Schäl-,Schlag- und Fege-Schäden gesehen und den Jägerinnen und Jägern zur Last gelegt. Der Öffentlichkeit wurde dementsprechend „vermittelt, dass das waldbauliche Ziel so nicht erreicht werden könne."

ARGUMENTUM AD HOMINEM

Hier nannte man vor allem die Gründe:

- Trophäenkult- „Überhege" zwecks starker Trophäenträger
- Fütterungen zwecks gut „gefüllter" Jagdreviere
- ineffektive, oder mangelnde Bejagung

Diese immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragenen Unterstellungen (Argumentum ad hominem) sind Scheinargumente, in denen die Position oder These des Streitgegners durch Angriffe auf dessen persönliche Meinung oder Eigenschaften angefochten wird. Absicht ist meist, die Position des Gegners in der öffentlichen Meinung in Misskredit zu bringen und damit eine echte, faktenorientierte Diskussion zu vermeiden. Die Konsequenz war jahrelanges „auf der Stelle treten". Die eigentlichen Probleme wurden jedoch verdrängt.

Auch aktuell behindern diese Scheinargumente die Bemühungen der beteiligten Akteure den weiterführenden Konsens betreffend. Die Landesregierung verabschiedete in aller Eile die Waldgipfelerklärung, die Jagdverbände folgten kurzfristig mit eigenen Erklärungen. Leider werden darin die Probleme nicht detailliert, sondern eher pauschalisiert angesprochen. Es bleiben somit reine Absichtserklärungen. Man zeigt, dass man sich bemüht.

"Wir brauchen jetzt aber keinen Ökopopulismus",

sondern eine waldbauliche Debatte darüber, wie wir unseren über Jahrzehnte entstandenen forstlichen „Ertragsanbau" langfristig in stabile Wälder umbauen können, in denen auch Hirsch und Reh ihren Lebensraum finden. Zwar besteht zur Sache mittlerweile ein guter Konsens mit vielen Forstbediensteten, aber leider sind immer noch einige unbelehrbare Protagonisten am Werk, denen „SCHIESSEN", also die intensive Reduktion der Wildwiederkäuer, als einzige Möglichkeit zu einem verträglichen Waldumbau einfällt [2]. Unsere Schalenwildarten dürfen aber nicht zu den Leidtragenden einer fehlgeleiteten Forstpolitik werden. Es bestehen zweifelsfrei vielfältige Möglichkeiten, sowohl der Waldökologie, als auch den Wildtieren auf andere Art und Weise gerecht zu werden. Ein gesunder, ökologisch stabiler Wald verträgt weitaus höhere Wildbestände, resp. kann auch temporär örtlich höhere Wildbestände verkraften[3]. Es ist richtig, dass auf dem Weg zu diesen Wäldern eine hohe Anfälligkeit besteht. Daher schlagen wir nachfolgende Maßnahmen vor, welche präventiv diese Prozesse unterstützen:

Jagdgenossenschaften

Die Waldeigentümer sind gleichzeitig Inhaber des Jagdrechtes, welches sie in Zusammenschlüssen (Genossenschaften) verpachten. Dies geschieht fast ausschließlich über Höchstgebote. Die Faustregel: Je mehr Wild, desto teurer der Jagdbezirk. Finanziell vereinnahmt der Kreis ca. 220.000 Euro pro Jahr durch die Jagdsteuer[4]. Die Jagdpächter bezahlen im Kreis über eine Million Euro an Jagdpachten. Gelder, die in der Region verbleiben. Es liegt an den Jagdgenossenschaften, diese Gelder in den Umbau/Wiederaufbau unserer Wälder zu investieren und dabei die Waldeigentümer zu unterstützen. Zudem bezahlen viele Wald-Revierpächter seit Jahren sogenannte Wildschadenpauschalen, die Wildschäden ausgleichen sollen.

Waldbesitzer, die gerade besonders von den Schäden betroffen sind, werden durch Ausfälle in der Holzernte auf Jahrzehnte nur die Vergütungen aus der Jagdpacht vereinnahmen können. Ist das „Geschäftsmodell Jagd" auf lange Sicht also finanziell lohnender als die Waldbewirtschaftung?

Dies sollten alle Eigentümer bedenken:

Der Jagdbezirk als Pachtgegenstand erhält nur dann seinen „Wert", wenn er jagdlich uneingeschränkt nutzbar ist. Im Umkehrschluss verliert der Jagdbezirk seinen Wert mit geringeren Wildbeständen erheblich. Dies kann bis zur Unverpachtbarkeit führen. Auch in der freien Wirtschaft hat bekanntlich die „Luxusimmobilie" einen höheren Mietwert als die Scheune. Einige Forstbeamte versuchen nun, in bestehende Pachtverträge, welche auf Grundlage eines „Pachtwertes" bei Vertragsabschluss getroffen wurden, einzugreifen. Dies wäre bei jedem anderen Mietobjekt gesetzlich verboten, da die vertraglichen Grundlagen zu Ungunsten eines Vertragspartners verändert werden. Außerdem treiben sie einen Keil zwischen beide Vertragsparteien. Ein gutes Verhältnis zwischen Grundbesitzer und Jagdpächter hat noch keinem geschadet.

Die vierzehn staatlichen Jagdreviere in unserem Kreis (ca. 3.500 Hektar) könnten zudem verpachtet werden. Hier würden mindestens 200.000 Euro im Jahr vereinnahmt. Darüber hinaus würde der Staat die Prämien einsparen, welche er (neben dem Gehalt) an Forstbedienstete auszahlt: Schussgeld, Transportpauschale und Mehrarbeit. Geld, welches den geschädigten Waldbesitzern zur Verfügung gestellt werden sollte. Zudem könnten sich Förster in ihrer Arbeitszeit mit dem beschäftigen, was sie können, dem Waldbau. Es passt überhaupt nicht, wenn man sich derzeit über zu wenig Forstpersonal beschwert und dann mit den bestehenden Kapazitäten noch den Jagdbetrieb, Drückjagden, etc. durchführen will.

Nutzung

Die bestehenden Interferenzen in den Waldnutzungsformen sind zu groß. Nutzung, Schutz und Erholung werden zwar gesetzlich geregelt, doch in der Praxis leidet vor allem die Schutzfunktion durch intensivste Nutzung. Zur Schutzfunktion gehört nicht nur die ökologische Stabilität unserer Wälder und deren Böden, sondern unabdingbar auch der Lebensraum für wild lebende Tier- und Pflanzenarten, welche an sich im Ökosystem Wald eine erhebliche Rolle spielen. Es ist eine Schande, wie wir mit unseren Schalenwildarten umgehen. Eingepfercht in sog. Bewirtschaftungsbezirke soll außerhalb dieser ein Radikalabschuss getätigt werden. Negativer Höhepunkt ist Baden-Württemberg, wo Rotwild auf einer Landesfläche von gerade 3 – 4 % umzäunt leben darf (Schönbuch). Es bestehen beim Rotwild bereits Erkrankungen, die auf fehlenden Genaustausch zurückzuführen sind. Gleichzeitig sollen/dürfen sich andere Arten (Biber, Wolf, etc.) bei sehr hohem Konfliktpotential frei ausbreiten.

"Unser Profitdenken führt zu einem 2-Klassen-Tierschutz!"

Die Schutzfunktion muss künftig einer höheren Beachtung unterstehen.

„Use it or lose it" ("Nutze oder verliere es")

In Zukunft müssen die ökologischen Betrachtungen den ökonomischen Interessen der Waldbesitzer vorangestellt werden, ohne dass die Möglichkeit der monetären Nutzung verloren geht. Ferner müssen die jagdlichen Interessen der Revierpächter der Waldökologie entsprechen. Für jedes Handeln gilt der gesetzliche Auftrag: sowohl für den Wald als sozialverpflichtendes Eigentum (BNatSchG, §5 (3), § 37 (1-3), §39, BWaldG § 14), die Jagdausübung (BJagdG §1 (2), als auch für die Erholung für den Waldbesucher (BWaldG §14).

Für Jagd und Forst gilt, dass die nachhaltige Nutzung und die damit entstehende In-Wert-Setzung der natürlichen Ressourcen deren bestmöglichen Schutz bedeutet. Grundsätzlich setzen wir uns eher für die Dinge ein, welche uns einen Gegenwert generieren, resp. für uns von Vorteil sind. Dieses „Use it or lose it"- Prinzip wurde bereits 1992 bei den Biodiversitäts-Konventionen in Rio als primäres Schutzprinzip festgeschrieben und von 195 Staaten ratifiziert. Als völlige Fehlinterpretation dieser Prinzipien ist der Beschluss der Bundesregierung von 2007 anzusehen, im Zuge der sogenannten Biodiversitätsstrategie bis 2020 zehn Prozent der öffentlichen Wälder komplett aus der Nutzung zu nehmen. Wir helfen dem Wald und dem Klima eher, wenn wir Holz langfristig nutzen. Langlebige Holzprodukte wie Häuser, Möbel, etc. speichern langfristig das CO2, das der Baum in seiner Wachstumsphase umgebaut und eingespeichert hat. Jeder genutzte Baum macht dabei Platz für einen neuen. Weltweit könnte der Kohlenstoffdioxid- Ausstoß um 15 – 30 % gesenkt werden, wenn mit Holz statt Stahl und Beton gebaut werden würde. Sich selbst überlassene Wälder haben gegenüber naturnahen Wirtschaftswäldern keine großen Vorteile hinsichtlich der Biodiversität, setzten durch Zerfall eingespeichertes CO2 frei und produzieren weniger neue Bäume zur CO2-Einspeicherung.

Jagd, Jäger und Jägerinnen

Die Jägerinnen und Jäger des Kreises gehören über die Kreisgruppe mit ihren Hegeringen als den kleinsten organisierten Einheiten dem Landesjagdverband RLP e.V. an. Dieser Verband ist, wie beispielsweise der NABU oder auch der BUND ein anerkannter Naturschutzverband. Im Unterschied zu den genannten Verbänden müssen die Jägerinnen und Jäger jedoch eine staatliche Prüfung zum Erhalt des Jagdscheines bestehen, in der auch das Sachgebiet sechs „Naturschutz" unterrichtet und geprüft wird. Somit sind Jagende neben den Forstleuten die einzigen „staatlich geprüften Naturschützer". Wir wissen, was wir tun!
Es kann also davon ausgegangen werden, dass sich sowohl der Forst, als auch die Jäger mit ausreichenden

Kompetenzen um „ihre" Ressourcen kümmern, um deren Wert möglichst gleich zu erhalten oder – wenn möglich – zu verbessern. Dabei stehen i. d. R. keine finanziellen Mittel aus Spendengeldern zur Verfügung, was den Wert der vielfältigen Bemühungen zwar nicht schmälert, jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung durch fehlende Eigenwerbung häufig nicht in diesem Umfang wahrgenommen wird. Hier wäre es wünschenswert, im Zweifel das Gespräch mit der Jägerschaft zu suchen, statt sich ungeprüft den Vorurteilen und Schuldzuweisungen der vermeintlich „Besserwissenden" anzuschließen.

Hohe Wildbestände?

Die bebaute Fläche im Kreis Ahrweiler liegt pro Kopf deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Ca. 130.000 Menschen wohnen, fahren und arbeiten bei uns auf 839,2 bebauten Quadratmetern je Einwohner (Bundesschnitt 597,1 qm!). Von 787 Quadratkilometern, oder 78.000 Hektar sind 25.000 Hektar intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche (31,7%), der Wald umfasst ca. 42.000 Hektar (52,6%). Die Siedlungsfläche (ca. 16%/11.000 ha) macht den Rest aus.

Aus den genannten Zahlen wird klar, dass

- die kreisweiten Bemühungen zum Erhalt der biologischen Vielfalt unbedingt den Wald, der über die Hälfte der Kreisfläche ausmacht, einbeziehen müssen.
- unsere Schalenwildarten von ihrem angestammten Lebensraum, dem Offenland, in die Wälder getrieben wurden.[5]
- die Beunruhigung unserer Wildarten (wie beschrieben) erheblich zu den unerwünschten Waldschäden beiträgt.
- Wild in den „Bewirtschaftungsbezirken" eine Möglichkeit haben muss, seinen Lebensraum selbst zu wählen (Abwanderung). Dies führt zu einer Verteilung der örtlich als zu hoch angesehenen Populationen.

Wenn man auf die Schalenwildbestände schaut, stellt man fest, dass sich diese seit Beginn der Aufzeichnungen nur in eine Richtung entwickelten: sie nehmen zu. Damit korrelieren auch die Jagdstrecken. Zwar spielen häufige Waldmasten, mildere Winter, Landwirtschaft und Energiepflanzenanbau hierbei eine große Rolle, aber was haben der immer zunehmenden Jagddruck, verkürzte Schon- bzw. verlängerte Jagdzeiten gebracht?

"Wir beunruhigen das Wild zu lange und zu intensiv"

(auch durch den sog. Freizeitdruck), drücken es in die Wälder, wo es zu Schaden geht. Im Sinne des Tierschutzgedankens, der (richtigerweise) für jedes Haustier gilt, bei unseren Wildtieren aber permanent hinter unseren meist monetären Absichten aufgeweicht wird, muss dringend ein Umdenken erfolgen. Vertraute Wildbestände können effektiv, aber tierschutzkonformer bejagt werden, was wir Jäger im Allgemeinen mit dem Begriff „Waidgerechtigkeit" beschreiben.



Die selbstbewussten Kommentare zu eher angepassten Schalenwildbeständen in Staatsforsten aufgrund intensiver und/oder effektiverer Bejagung halten wir für sehr gewagt: wenn Wild aufgrund der großen Beunruhigung durch intensivste Jagd abwandert, ist es zwar nicht mehr da, geht jedoch woanders zu Schaden. Das löst die Problematik nicht, sondern verlagert sie nur (siehe Grafik S. 7).

Waldsäume

Nach Aussagen vieler Experten fehlen an ca. 90 % unserer Wälder wildtierfreundliche Saumstrukturen. Häufig stehen Bäume bis an den Waldrand, bieten wenig Äsung und keine Deckung. Standortgerechte Sträucher bieten vor allem den Vögeln artgerechte Habitatmöglichkeiten und Äsung für viele Arten (Beispiel Eberesche: Über 50 Vogelarten nehmen die Früchte auf) [6]. Die Konzentratselektierer (Rehwild) werden sich hier einstellen, wenn sie ausreichende Deckung vorfinden und weil sie den kurzen Weg von/zur Äsungsfläche im Offenland bevorzugen. In der Folge käme es zu einer wesentlichen Reduktion von Fege- und Verbißschäden in den Kernwäldern. Wo vonnöten, kann an diesen Strukturen die Bejagung effektiver gestaltet werden.
Wälder sind weniger anfällig bei Stürmen, wenn sie strukturreiche Ränder besitzen. Unterschiedlich hohe Bäume und Sträucher wirken wie eine Windbremse.

Ergänzend:

An solchen Waldsäumen würden die bisher eher kontraproduktiven Waldrandstreifen als ökologische Vorrangflächen einen optimierenden Sinn ergeben. Hier sollte man mit den Landwirten zusammenarbeiten. Im Idealfall würden bei direkt angrenzendem Energiepflanzenanbau (Mais) Bejagungsschneisen angelegt. Diese Schneisen dienen der besseren Bejagung des Schwarzwildes vor dem Hintergrund der afrikanischen Schweinepest (ASP) und werden inzwischen nicht nur vielfach gefordert, sondern auch staatlich gefördert (siehe Handlungsprogramm zur Reduzierung überhöhter Schwarzwildbestände).

Wildverbiss

Die Stellungnahmen der Forstämter müssen durch die zuständigen Behörden und durch unabhängige Gutachter geprüft werden. Vor allem, wenn sie als Genehmigungsgrundlage zu sog. Schonzeitbejagungen, aber auch zur Erstellung der Abschusspläne dienen. Forstämter sollten den Behörden die aufgenommenen Verbißschäden auf Verlangen vorzeigen, resp. erklären. Schäden können/dürfen sich immer nur auf 1 ha Betriebsfläche und dessen Betriebsziel beziehen. Als seriös kann nur die Aussage betrachtet werden, dass Schadensprozente (von- bis) variieren.
Durch die relativ langen Umtriebszeiten der Bäume, nicht kalkulierbare Kalamitäten (Schäden), unvorhersehbare Fäll- und Rückeschäden, müssen komplizierte

Berechnungen angestellt werden, um einen konkreten Bezug zur monetären waldbaulichen Zielsetzung beziffern zu können. Nur diese exakt ermittelte Größe kann die Gewichtung von Schäl- und Verbißschäden und deren Einstufung in Gefährdungsgrade (gefährdet/erheblich gefährdet) genau beziffern.

Dazu hat man nach nach einer Methode gesucht, das Vorkommen von Reh-, Rot- und Damwild auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Man entwickelte die forstlichen Gutachten bzw. Stellungnahmen, um erhöhte Abschussquoten zu rechtfertigen und durchzusetzen. Diese Stellungnahmen sind der

"Grund allen Übels"

und des gängigen, tierschutzwidrigen Umgangs mit unseren wiederkäuenden Schalenwildarten und leider bisher auch gesetzlich verankertes Machtinstrument. Das waldbauliche Betriebsziel muss aber nicht nur die Beurteilung enthalten sein, ob durch Wildverbiss und Schäle eine mehr als ausreichende Pflanzenanzahl für den Waldaufbau verbleibt. Es muss AUCH eine ordnungsgemäße Forstwirtschaft vorliegen (§5, LWaldG). Dies war in der Vergangenheit leider nicht der Fall. Dem Waldentwicklungsziel, welches sich aus Leit- und Mischbaumarten definiert, liegen nämlich nicht nur die jagd(rechtlichen) Regelungen über die Abschussplanung zu Grunde, sondern gleichfalls auch die Einschränkungen der waldbaulichen Ziele des Grundeigentümers durch forstliche Fachplanungen in Verbindung mit der gesteigerten Sozialpflichtigkeit und der aktuell zu erreichenden Ökologie, Artenvielfalt und Stabilität des Waldes. Bereits das Bundesverfassungsgericht stellte 1990 klar, dass insbesondere die Bewirtschaftung des Körperschafts- und Staatswaldes nicht der Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, sondern der Umwelt- und Erholungsfunktion des Waldes dient. In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen und der sich daraus erschließenden Erkenntnisse müssen

1. im Sinne des Naturschutzes, der Waldökologie und Forstwirtschaft die nachgenannten Vorschläge und andere probate Mittel umgesetzt und somit ein tierschutzkonformer Umgang mit den betroffenen Wildtierarten erreicht werden.

2. forstliche Betriebsziele und die dazu anzufertigen den Stellungnahmen unter einer ökologischen und nicht einer ausschließlich ökonomisch ausgerichteten Methodik erstellt,

3. Wirtschaftswälder mit Gewinnerzielungsabsicht lediglich in den Privatforsten weiterbetrieben und der Wald der öffentlichen Hand in weiten Teilen als ökologischer/ umweltorientierter Zukunftswald entwickelt werden,

4. bei einer Fortführung der bisherigen Praxis eine gerichtliche Aufarbeitung der tierschutzwidrigen Umstände, resp. Methoden resultieren und

5. eine Integration, Schulung und Beteiligung der Jagdausübungsberechtigten zur Erfassung von Wildschäden und der daraus gefertigten Stellungnahmen erfolgen. Diese soll sowohl der Kontrolle durch Jäger, als auch der Sensibilisierung derselben für den Waldumbau dienen.







"Die Wald vor Wild–Ideologie auf Grund rein ökonomischen Denkens muss beendet werden."

Wildverbiss 1 / Jagdzeiten

Die winterlichen Bewegungsjagden im Wald sollten nach dem 31.12. nicht mehr genehmigt werden. Notwendige Reduktionen beim Schwarzwild (ASP) sollten danach nur durch Einzelansitze an Kirrungen erfolgen, um das wiederkäuende Schalenwild im Stoffwechseltief nicht unnötig zu beunruhigen. Der dabei entstehende Energieverbrauch der Wildtiere muss ausgeglichen werden und führt zwangsläufig zu einem erhöhten Verbiss an nachwachsenden Pflanzen, Schäl- oder landwirtschaftlichen Schäden[7]. Die geringen Streckenanteile an weiblichem Wild (als Reproduktionsfaktor) rechtfertigen nicht die genannten Nachteile.

Wildverbiss 2 / Jagdzeiten

Die Bejagung von Schmaltieren, Schmalspießern, Muffeljährlingen, Schmalschafen und Rehböcken vor dem 15. Mai widerspricht wildbiologischen Erkenntnissen. Wenn Wild mit dem beginnenden Frühjahr seine winterlichen Energieverluste auf Freiflächen mit frischer Vegetation auffüllen möchte, es daran aber durch zu frühe Bejagung gehindert wird, bleibt es im Wald und geht dort zu Schaden. Die Bejagung von Schwarzwild an der Kirrung muss aus gegebenem Anlass unabhängig davon ganzjährig erfolgen. Hier ist eine Lockerung der Kirrverordnung zwingend notwendig.

Waldbau

Da niemand genau vorhersehen kann, wie und in welchem Umfang sich unser Klima verändert, sollte mindestens von einer Erwärmung in Verbindung mit geringerem Wassereintrag ausgegangen werden. Baumarten, die in solchen Zonen wachsen, sollten eine Chance bekommen, unabhängig davon, ob sie hier heimisch sind oder nicht. Nach einheitlicher Expertenmeinung werden klimatische Extremereignisse an Häufigkeit und Intensität zunehmen (Hartebrodt et al. 2007). Dabei richtet sich das Augenmerk zunehmend auf das Risiko Trockenheit/Hitze und in deren Folge auf biotische Schäden (insb. Borkenkäfer); unter bestimmten standörtlichen Gegebenheiten auch auf abiotische Schäden, wie Trockenheit oder Feuer.
Monokulturen sollten der Vergangenheit angehören. Verschiedene Waldbauformen, wie Niederwälder in ausreichender Größe, sollen dort, wo sie positiv im Sinne des Artenschutzes wirken können, gefördert werden (z.B. Zielart -Haselhuhn). Niederwälder, nicht zu klein angelegt, dienen als Prosshölzer einem verbesserten Nahrungsangebot und reduzieren den Verbissdruck auf natürliche Weise.

Zudem können sie zur Brennholzgewinnung weiter genutzt werden. In den Steillagen, den sog. Nichtwirtschaftswäldern, halten sie die Hangerosion zurück und können bei Starkregenereignissen einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der betroffenen Anlieger leisten.

Durch verschiedene Waldbauformen, standortgerechten Baumarten, Naturverjüngungen und kleinen, sich selbst überlassene Flächen schaffen wir ein Patchwork mit hohem Grenzlinieneffekt (Edge-Effekt)[8]. Hier wirken wir durch die verbesserten Ansiedlungsmöglichkeiten sehr positiv auf die Biodiversität ein:

- Der Totholzanteil sollte 5 – 10 % betragen.
- Die örtliche Fauna sollte in die Überlegungen integriert werden.
- Großflächige Schutzvorrichtungen (Zäune, Gatter) müssen, falls notwendig, durch Kleinflächen- oder Einzelschutzmaßnahmen ersetzt werden, auch wenn dies eine finanzielle Mehrbelastung bedeutet. Somit entfällt nicht die gesamte Fläche der Nahrungsverfügbarkeit.
- Gatter und Zäune müssen konsequent und zeitnah abgebaut werden, wenn die Terminaltriebe der Äserhöhe (für das Schalenwild erreichbare Höhe) entwachsen sind. Hier steht der Unterwuchs wieder zur Äsung zur Verfügung. Die Gefahr von tödlichen Verletzungen an maroden Zäunen beschäftigt uns nicht nur im Kreis AW. Entsprechende Bilder zu diesem tierschutzwidrigen Verhalten können dies belegen.

Waldflächen, die aus der Nutzung genommen und sich selbst überlassen werden (Vorbild Urwälder), haben keine großen ökologischen Vorteile vor naturnahen Wirtschaftswäldern. Zudem entfällt hier die Nutzung des Rohstoffes Holz, welcher dringend benötigt wird. Die forstlichen Betriebsziele würden sich dann auf die verbleibenden Flächen konzentrieren und dort „komprimiert" die angestrebten Veränderungen behindern, vielleicht sogar undurchführbar machen. Es ergibt umwelttechnisch keinen Sinn, das fehlende Holz aus weit entfernten und teils nicht zertifizierten Quellen zu importieren!

Die bisher bestehenden Interferenzen zwischen den Waldfunktionen NUTZEN, ERHOLUNG und SCHUTZ müssen weitestgehend angepasst werden. Bisher bestimmt die Nutzung, wirtschaftlich bedingt, die Gestaltung unserer Wälder und führte in der Vergangenheit zu vielen der aufgetretenen Kalamitäten (biotisch und abiotisch). Die dem Menschen garantierte Nutzung zur Erholung, aber vor allem die Schutzfunktion (CO2-Speicher, Erosionsschutz, Wasserspeicher, Klima, etc.) muss in ihrer elementaren Wichtigkeit deutlich gemacht werden.

Unbestreitbar ist, dass zur Schutzfunktion des Waldes auch die Lebensgrundlage für Pflanzen und Tiere gehört, welche durch ihr Vorhandensein selbst als wichtiger Faktor zu einem funktionsfähigen Naturhaushalt (Ökosystem) beiträgt. Zerstörungen, wie das Gebräch von Schwarzwild, Suhlen, Wechsel, etc. schaffen natürliche Lebensräume und Ansiedlungsmöglichkeiten für Pflanzen und Kräuter. Hier müssen nicht immer „Naturschutzexperimente", u. a. Wasserbüffel, das „non plus ultra" sein.

Es sollten mindestens 1 – 1,5 % der Holzbodenfläche als Wildäsungsflächen bzw. Wildwiesen (Lichtungen, Wegränder, Leitungstrassen, Polterflächen, usw.) zur Verfügung stehen, damit erst gar kein Verbissdruck an Neuaufforstungen entsteht. Waldschäden, wie Fäll- und Rückeschäden, Bodenverdichtungen durch Vollholzernter und auch die Frage der Nachhaltigkeit, müssen aktuell thematisiert werden. Es gibt Zahlen, die erschrecken (Bundeswaldinventur 2012). Natürlich streitet man diese ab. In der mittlerweile gängigen Praxis wird die Holzernte ausschließlich hochtechnisiert mit immer größeren Maschinen durchgeführt. Dadurch ist bereits jetzt ein Siebtel der so bewirtschafteten Holzbodenfläche aus der Gesamtwaldfläche für "Rücke-Gassen" herausgefallen. Trotz der forstlichen Argumentation des sogenannten "Kronenschlusses" wachsen dort aufgrund der massiven Verdichtung in den Fahrspuren auf Jahrzehnte keinerlei Pflanzen mehr.
Insofern warten wir die nächste Bundeswaldinventur ab, welche gerade von der zuständigen Ministerin angekündigt wurde.

Wildruhezonen

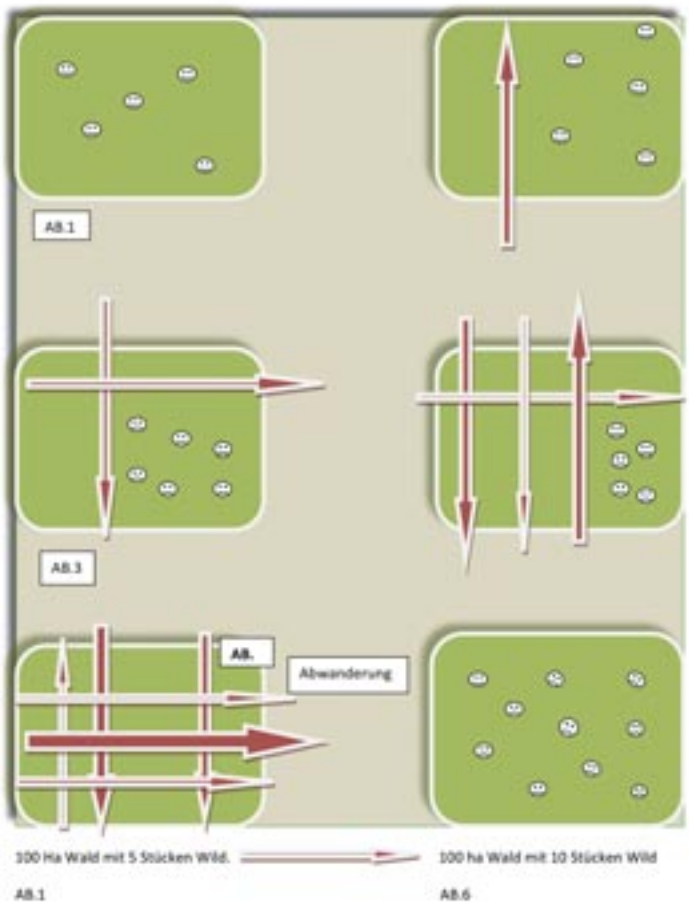
Das derzeitig große öffentliche Interesse an unserer Umwelt sollte genutzt werden, um Verständnis in der Bevölkerung (Waldnutzern) für Wildruhezonen zu generieren. Wir müssen nicht jeden Winkel unserer Wälder begehen, befahren oder mit sonstigen, meist sportiven Aktivitäten beunruhigen. In Wildruhezonen wird sich das Schalenwild einstellen und gerade im Stoffwechseltief mit seiner zur Verfügung stehenden Energie gut über den Winter, resp. die äsungsarme Zeit kommen[8]. Schäl- und Verbißschäden würden erheblich reduziert.

Daueräsungsflächen

Der Jägerschaft wird vorgeworfen mit Äsungsflächen ein zusätzliches Nahrungsangebot zu schaffen und somit die hohen Schalenwilddichten zu fördern. Diesen Vorwurf weisen wir zurück. Ein verbessertes Nahrungsangebot steigert NICHT die Populationsdynamik beim wiederkäuenden Schalenwild. Im günstigen Fall wird die Wintersterblichkeit reduziert, was im Sinne des Tierschutzgedankens durchaus richtig ist. Wir haben durch unsere enorme Landnahme den Schalenwildarten die natürlichen Lebensräume (Offenland) genommen und sie förmlich in den Wald getrieben. Gleichzeitig „befeuern" wir die Bestände durch unsere Kultivierung (Landwirtschaft). Der wiederkehrende Masteintrag stellt zudem eine reichhaltige Nahrungsquelle dar. Das „Verrecken" der Wildtiere in winterlichen Notzeiten können wir aus genannten Gründen nicht als Teil einer natürlichen Selektion in einer un-



© Becker / LJVRLP e.V.



© Ralf Schmidt

In ruhigen Waldgebieten findet das Wild Ruhe (Ab.1). Je dichter das Wegenetz, resp. die damit verbundene Beunruhigung, desto mehr zieht sich das Wild zurück und konzentriert sich. Zuletzt kommt es zur Abwanderung (Ab.5). Problem gelöst? An anderer Stelle kommt es zu einer dichteren Besiedlung und die Probleme beginnen. Dort wird man allgemein von zu hohen Wildbeständen sprechen(Abb.6). Für das Wild bedeutet dieser Umstand eine gestiegene innerartliche Konkurrenz um Einstandsflächen, Äsung und Ruhe.



natürlichen Landschaft betrachten. Hier stehlen wir uns aus der Verantwortung.

Wildverbiss und Schäle im Wald werden so reduziert. Nicht überall, wo Wald wachsen könnte, sind Pflanzungen sinnvoll. Das gilt zum Beispiel nicht nur für Moor- und Tundraflächen, sondern auch für Waldwiesen und Brachflächen. Hier wird es für Jäger interessant, die sich auch zur Entschärfung des Wald-Wild-Konflikts mehr Äsungsflächen in den Forsten wünschen. Nicht nur Bäume sind gut für das Klima, sondern auch Gestrüpp, Sträucher und sogar das Ackerland. Auch klar: solche Thesen sind Wasser auf die Mühlen der Urwald-Fraktion bis hin zu den Gegnern einer wirksamen Käfer-Bekämpfung.

Landwirtschaftliche Unterstützung

Gerade im Herbst verlieren Rehe durch Aberntung auch die letzten Deckungsmöglichkeiten im Offenland (Ernteschock). Sie ziehen sich notgedrungen in die Wälder zurück.

Wir beobachten in der Dämmerung immer wieder, dass aus den letzten verbliebenen Maisflächen unzählige Rehe austreten und auf Wiesen, evtl. vorhandenen Zwischenfrüchten oder auflaufenden Wintergetreide ihre Äsung suchen. Nach Aberntung der letzten Maisschläge fehlt dieser Rückzugsort (Deckung). Nun stehen diese Rehe notgedrungen im Wald und müssen sich dort ernähren.

Der subventionierte Anbau einer „Deckungsfrucht" wie z.B. Miscanthus (Chinaschilf) als ökologische Vorrangfläche, würde unzählige Rehe im Offenland binden. Miscanthus (miscanthus giganteus) wird im späten Frühjahr geerntet und steht den Rehen damit über den Winter als Rückzugsort zur Verfügung. Nach der Ernte steht den Rehen bereits andere Deckung (z.B. Raps) zur Verfügung. Es kommt zu einer Entlastung der Wälder. Miscanthus kann als Energiepflanze, aber auch Einstreu, Brenn- und Baustoff genutzt werden, zeigt eine günstige CO2- Bilanz, und findet Beachtung beim Hochwasserschutz.

Problem Schwarzwild

Die konstante Zunahme der Schwarzwildbestände verursacht vor allem im Offenland Probleme. Wildunfälle mit teils schlimmen Folgen, ersatzpflichtige Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen, hohes Konfliktpotential im urbanen Raum (Zerstörungen von Gärten und öffentlichen Anlagen) werden nun um das Risiko der ASP erweitert. Hier verlangen die Veterinärbehörden eine deutliche Reduktion der Bestände, um das Infektionsrisiko einzudämmen. Im Falle eines Ausbruchs werden katastrophale Folgen und Schäden in Milliardenhöhe prognostiziert. Die sehr zeitintensive Jagd auf die nachtaktiven Sauen fordert den Jägerinnen und Jägern einen Großteil ihrer möglichen Einsatzzeit ab. In deren Planung müssen auch die Sorgen und Nöte der der Landwirte und nicht nur die der Waldbesitzer berücksichtigt werden.

„Bejagungsoptimierung"

Rot- und Rehwild jetzt auch mit Militärtechnik verfolgen und eliminieren – so stellen sich einige „Experten" die Lösung für die deutschen Wälder vor. Prinzip: aushungern und ausmerzen!

Nur so ist die Forderung zu verstehen, genannte Wildarten zukünftig auch in der Nacht zu jagen und dabei Nachtzieltechnik einzusetzen. Hier offenbaren einige Politiker mit ihrer neuesten Forderung nicht nur völlige wildbiologische Ahnungslosigkeit, sondern auch schamlose Profilierungsversuche auf dem Rücken der Wildtiere.

Landauf landab wird derzeit über die Konsequenzen aus dem zum Teil großflächigen Absterben vor allem der Fichte in den Wäldern Deutschlands diskutiert. Zu Recht, denn ein „weiter so" mit Fichtenmonokulturen, dem Brotbaum des Forstwirtes und Paradies der Borkenkäfer, darf es nicht geben. Die forstwirtschaftlichen Fehler vergangener Jahrhunderte werden aber nicht durch die kurzfristige Aufrüstung der Jäger und einen großangelegten Feldzug gegen die pflanzenfressenden Wildtiere behoben. Im Gegenteil: wer nachts jagt, drückt das Wild auf der Suche nach Nahrung immer tiefer in den schützenden Wald, wo es sich dann noch häufiger an den Bäumen bedient.

Hohe Populationen an Wildwiederkäuern verhindern in der Regel das zügige Wachstum junger Bäume und sind damit ein Problem für den Holzertrag der Forstwirtschaft. Deshalb werden schon jetzt bundesweit

Jahr für Jahr weit über eine Million Rehe und damit mehr als jemals zuvor auf der Jagd erlegt. Erfahrene Jagdpraktiker wissen sehr genau, wie man im Rahmen der bestehenden Gesetze die notwendige Anzahl an Reh-, Rot- und Damwild unter konsequenter Beachtung des Tierschutzes erlegen kann. Das Thema „Nachtzieltechnik" sollte ausnahmslos mit der Bekämpfung und der Seuchenprävention zur ASP in Verbindung gebracht werden. Der Vorwurf der Forste, dass Jäger zu wenig Schalenwild erlegen, wird durch die jährlichen Abschusszahlen eindrucksvoll widerlegt.

Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen- Wildbret

Wenn man den Jagdausübungsberechtigten zum Schutz der Wälder möglichst hohe Jagdstrecken auferlegen möchte, sollte das Thema „Vermarktbarkeit von Wildbret" nicht außen vor bleiben. Hier sehen wir vor allen anderen unsere Gesellschaft in der Pflicht. Wer den Schutz unserer Umwelt und der Ökosysteme fordert, aber gleichzeitig Wildfleisch beim Discounter einkauft, welches mit einer enormen CO2- Belastung um den Erdball transportiert wurde und zudem aus Zuchtfarmen stammt, macht es sich zu einfach. Wenn unsere Jägerinnen und Jäger einen anständigen Preis bei der Vermarktung des Premium-Lebensmittels Wildbret erzielen könnten, wäre ein zusätzlicher Anreiz zur Jagd gegeben. Oft hören wir von unseren Mitgliedern, dass sie Absatzschwierigkeiten ihres Wildbrets haben und dass der Preis zudem kaum die Selbstkosten und Mühen deckt. Jäger schießen keine Tiere um sie wegzuwerfen.



Windkraft

Auch wenn die Schalenwildarten sehr anpassungsfähig sind, haben Windkraftanlagen im Wald – trotz evtl. hoher Windhöffigkeit- nichts zu suchen. Bau der Anlagen und der Zuwegungen, Wartung und Inspektionen sorgen temporär für eine hohe Beunruhigung. Der Verbissdruck steigt. Die windkraftsensiblen Arten (Schwarzstorch….) brauchen uneingeschränkt ihre angestammten Habitate.

Feuchtbiotope/Waldbrände

Reptilien, Lurche, Insekten und andere Arten, wie der bei uns ansässige Schwarzstorch, verdienen unsere Beachtung. Es fehlen geeignete Wasserflächen (Tümpel), um deren Ansprüchen gerecht zu werden. Feuchtbiotope sind ein Hotspot für biologische Vielfalt. Teiche könnten aus Bächen gespeist oder als „Himmelsteiche" angelegt werden. Zudem wären sie – richtig geplant - bei Starkregenereignissen zur Rückhaltung erheblicher Wassermengen sinnvoll und würden den Wasserhaushalt des Waldes nachhaltig verbessern (Hochwassermanagement). Sollten sich die Prognosen einiger Wissenschaftler bestätigen, führen Waldbrände bei zunehmender Erwärmung und Dürre zu erheblichen Schäden. Tümpel/Teiche könnten Löschwasser bereitstellen und würden ökologisch eine wertvolle Komponente darstellen. Die prognostizierte Zunahme der Winterniederschläge wird die Waldböden zunehmend aufweichen. Die Bäume verlieren ihren Halt. Treten nun Stürme auf, kann dies fatale Folgen haben. Tümpel können ein ein Zuviel an Wasser aufnehmen und hier positiv einwirken.



Die Waldbrandgefahr in Deutschland steigt. 2018 waren bei 512 Bränden 1674 Hektar betroffen.[1] Ein Blick nach Kalifornien, Skandinavien oder zu den Kanarischen Inseln offeriert uns dringenden Handlungsbedarf. Feuerschneisen, möglichst mäandrierend angelegt, fördern die Biodiversität und schaffen Lebensräume und Äsungsflächen für das Schalenwild. Naturverjüngungen werden entlastet. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein Ausrottungsfeldzug gegen das wiederkäuende Schalenwild stattfinden soll, um einigehundert Pflanzen zu schützen, jedoch durch fehlende Maßnahmen der Waldbrandprävention u.U. mehrere 100 ha Wald zerstört werden.

Fehlender Enthusiasmus

Schon jetzt ahnen wir, dass „Geht nicht, gibt's nicht, zu teuer, wie soll das gehen?" die Standardausreden gegen genannte Vorschläge sein werden. Aber: wer erdreistet sich, bei allen künftigen Veränderungen, Einwirkungen und Nutzungen schon jetzt voraussagen zu können, was möglich ist und was nicht? Eine Eiche braucht 120 - 150 Jahre Jahre, um für den Menschen sinnvoll nutzbar zu sein. Die jetzige Förstergeneration wird das Ergebnis der aktuellen Bemühungen nicht mehr beurteilen können. Sie muss sich auf aktuelle Erkenntnisse stützen und versuchen, die zukünftigen Entwicklungen richtig einzuschätzen. Das auch hier, wie in der Vergangenheit, Fehler entstehen können, müssen wir akzeptieren.

Die Jäger sind die Dummen?

Während wir in der Vergangenheit bezüglich des Wald/Wildkonfliktes unter forstlichen Dauerbeschuss standen, weil wir angeblich nicht genügend Schalenwild erlegten (s.o.), kämpfen wir aber noch an anderen Fronten: Wir stehen einer zunehmend naturentfremdeten Gesellschaft gegenüber, die die Jagd am liebsten abschaffen würde und uns als „Mörder" öffentlich diffamiert. Es ist verständlich, dass aus dieser isolierten Position heraus viele Jägerinnen und Jäger die Lust verlieren, an der öffentlichen Diskussion teilzunehmen. Häufig fühlen sie sich ausgegrenzt. Die Komplexität der modernen Jagd ist somit nur schwer „zu erklären", gerade dann, wenn man statt auf Rhetorik-Kursen lieber in der Natur unterwegs ist und unsere Kritiker gerne dem „bequemen Populismus" erliegen. Wir möchten hier in aller Deutlichkeit betonen, dass gerade jetzt die natur- und artenschutzlichen Leistungen der Jagenden so wichtig sind, wie niemals zuvor. Wildtiermonitoring, Totfundkataster, Wildschutzprogramme, Hasenzählgebiete, nicht zu vergessen die Jagd an sich, finden öffentlich kaum Beachtung sind in ihrer Summe aber essentiell wichtig. Es profitieren zudem auch die Arten, die nicht dem Jagdrecht unterliegen. Die zunehmenden Forderungen unserer Gesellschaft nach Umwelt- und Klimaschutz und das Streben nach Biodiversität werden gerade durch uns umgesetzt. Hier muss aus dieser Bewegung heraus mehr Verständnis und Unterstützung erfolgen, statt uns mit Ideologien und unsinnigen Gesetzesänderungen zu blockieren.



© Januar 2020

Kreisgruppe Ahrweiler e.V. im
Landesjagdverband RLP e.V.

Vertreten durch:
Ralf Schmidt (Vorsitzender)
Heinrich-Heine-Str. 1
53501 Grafschaft
Telefon: 0177 / 73 62 702

E-Mail: info@jagd-aw.de
www.jagd-aw.de

Text: S. 2 – 10: Ralf Schmidt

Quellenangaben:

(1) MUEEF- Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, RLP / Landesforsten RLP
(2) Reimoser 2011- Bewertung und Minimierung von Wildschäden im Wald
(3) Jäger 1/87- Rotwild und Waldbau als gelungene Synthese
(4) Kreisverwaltung Ahrweiler
(5) Georgii, Bertram 2011- Auswirkungen von Freizeitaktivitäten und Jagd auf Wildtiere
(6) Bundesamt für Naturschutz- Waldränder
(7) Schmitt, 2016- Das monetäre waldbauliche Betriebsziel
(8) Georgii, Pietsch, Christian, Bertram 1991- Rehwild: Energiehaushalt im Winter
(9) u.a. Deutscher Bund für Vogelschutz (DBV), Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V. Lebensraum Waldrand (DBV-Merkblatt)

Impressum

LANDESJAGDVERBAND RHEINLAND-PFALZ E. V.

ANERKANNTER NATURSCHUTZVERBAND

Pirmasenser Erklärung
„Waldumbau und Jagd im Klimawandel“
Resolution aus der Tagung des Präsidiums, des Vorstandes und
der Kreisgruppen des Landesjagdverbandes Rheinland-Pfalz e.V.
am 13. November 2019 in Pirmasens

Unsere Wälder sind unverzichtbar für das Klima, den Erosions- und Wasserschutz, die Erholung und als Lieferant des ökologischen Rohstoffes Holz. Zudem sind Wälder von unverzichtbarer Bedeutung für unsere Wildtiere und den Schutz der Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen insgesamt.
Die aktuellen wirtschaftlichen und ökologischen Waldschäden, verursacht durch Trockenheit und Borkenkäfer, sind gravierend. Der Auf- und Umbau der Wälder hin zu einer vielfältigeren und dem Klimawandel besser angepassten Artenzusammensetzung bieten eine Chance für die Natur, die es zu nutzen gilt.
Die Jagd trägt durch die Regulierung der Wildbestände ganz wesentlich zu einer naturnahen Waldentwicklung bei. Die Jägerinnen und Jäger in Rheinland-Pfalz erlegen derzeit jährlich rund 100.000 Rehe und Hirsche. Sie investieren so neben der Schwarzwildjagd (mit zusätzlich bis zu 88.000 erlegten Wildschweinen) in erheblichem Umfang Zeit und Geld. Dieser persönliche Einsatz dient der Erreichung der mit den Grundeigentümern und Jagdbehörden vereinbarten oder festgesetzten Abschussziele.
Die derzeitige Diskussion ist bundesweit geprägt von einseitigen Forderungen nach deutlich steigenden Tötungen der Wildtiere, die durch ihr Nahrungsverhalten Einfluss auf die Waldvegetation haben könnten. Der Ausspruch „Wald **vor** Wild!“ beschreibt die Kernforderung der Forstwirtschaft und weist damit allein der Jagd die Verantwortung zu. Die Zusammenhänge von Wald und Wild sind jedoch deutlich komplexer und erfordern eine Betrachtung vieler in der Öffentlichkeit kaum beachteter Faktoren.

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir, der Vorstand und die 24 Kreisgruppenvorsitzenden als die Vertretung von rund 18.600 Jägerinnen und Jäger in Rheinland-Pfalz, folgende Positionen:

1. „Wald **mit** Wild“ wird einer naturnahen Entwicklung unserer Waldökosysteme gerecht. Das Wild ist nicht der Sündenbock für eine örtlich nicht standortgerechte, artenarme Waldwirtschaft.

2. Wir fordern den Aufbau ökologisch leistungsfähiger Wälder - die Stärkung der Biodiversität in den Wäldern hat gerade jetzt eine neue Chance.

3. Die öffentlichen Finanzmittel zur Waldhilfe müssen über die Forstanpflanzungen hinaus in die Artenvielfalt, in Wildäsungsflächen, Jagdschneisen und die jagdliche Infrastruktur investiert werden.

4. Die Jagdpolitik darf sich nicht alleine an den Interessen der Forstwirtschaft und der Waldbesitzer orientieren, sondern muss verstärkt aktuelle wildbiologische Erkenntnisse und ökologische Zusammenhänge in ihre Vorgehensweise miteinbeziehen.

5. Ziel des Wildmanagements muss es sein, Waldschäden durch z.B. folgende Maßnahmen zu vermeiden:

   - effiziente und störungsarme Jagdausübung, insbesondere auch von Rehwild im Wald nach vor Ort abgestimmten Jagdkonzepten
   - Planung von Jagdschneisen und Investitionen in die jagdliche Infrastruktur
   - Umsetzung aller Möglichkeiten der Äsungsverbesserung (z.B. Wildwiesen, artenreiche Sukzessionsflächen, naturnahe Waldränder)
   - Einrichtung von Wildruhezonen und Steuerung der Freizeitnutzung im Wald

6. Gegebenheiten, die die Jagdausübung erschweren, müssen erkannt und wo immer möglich verbessert werden – die Jagd bedarf der gesellschaftlichen Akzeptanz:

   - die ganztägig intensive Freizeitnutzung sowie der Freilauf der Hunde bedürfen zum Schutz des Waldes der Steuerung
   - Behörden, Polizei und Gesellschaft müssen die Jagd unterstützen z.B. im Rahmen von revierübergreifenden Bewegungsjagden
   - der verstärkte Genuss von Wildfleisch aus der Region sollte den Einsatz der örtlichen Jägerschaft honorieren

7. Eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Jagdrechtsinhabern, Jägern und Förstern auf den Waldumbauflächen muss planmäßig organisiert und umgesetzt werden. Gegenseitiges Verständnis und Offenheit sind das Gebot der Stunde.

8. Wir brauchen Jägerinnen und Jäger, die etwas vom Wald verstehen und Forstleute, die etwas vom Wild verstehen. Wir plädieren für eine gemeinsame Aus- und Weiterbildungsinitiative.

Pirmasens, den 13. November 2019
(Eine vertiefende Darstellung finden Sie im Positionspapier des Landesjagdverbandes Rheinland-Pfalz e.V. „Waldschäden und Waldwandel durch Klimastress – eine gemeinsame Herausforderung für Waldbau und Jagd“)



www.jagd-aw.de